

P. 2V III/203

Bonn, den 24. Oktober 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	"Wären sie Nihilisten geworden, dann ..." ----- Ein Wort zur staatspolitischen Bewährung der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge Von Ernst Paul, MdB	61
3	<u>Transall</u> ----- Ein folgenschwerer Beschluß	45
4 - 5	<u>Die Not unserer einsamen Alten</u> ----- Wohin, wenn die Gesundheit nachläßt? Den Frauen geht es am schlechtesten Von Liselotte Weber	72
	<u>Afro-asiatisches Reisetagebuch</u> -----	
6	<u>Kenia in Erwartung der Unabhängigkeit (I)</u> ----- Von Wilhelm Wehner	53

Chefredakteur Günter Markscheffel

"Wären sie Nihilisten geworden, dann ..."

Ein Wort zur staatspolitischen Bewährung der Heimatvertriebenen
Von Ernst Paul, MdB

Wären sie Nihilisten geworden, dann hätte die deutsche wie die internationale Presse allen Anlaß, in Schlagzeilen über die politische Unvernunft der deutschen Heimatvertriebenen zu berichten. Da sie sich brav eingegliedert haben, verschweigt man gern verschönt ihr tragisches Schicksal. Nur wenn einem ihrer Vertreter bei einem Treffen ein falscher Zungenschlag passiert, wird dieser nicht nur registriert, sondern auf die politische Goldwaage gelegt.

Viele vergessen, daß das deutsche Volk nicht nur Kuchen ist, aus denen sich jeder die ihm mahlenden Rosinen herausklauben kann, sondern eine nationale Gemeinschaft ist. Die verbrecherische Politik des Hitler-Regimes und die machtpolitischen Entscheidungen des zweiten Weltkrieges fügten es, daß Deutsche aus dem Osten unseres Vaterlandes, aus dem Sudetenland, aus Ungarn, Jugoslawien und Rumänien vertrieben worden sind. Sie bewohnten ihre Heimat zum großen Teil, ehe Amerika entdeckt worden ist. Sie waren friedliche Träger der Kultur, bauten Städte und Dörfer, rodeten den Wald, bepflanzten das wilde Land und bauten auf. Hammer und Sichel waren ihre Waffen. Politisch waren sie ebenso klug oder töricht, wie der übrige Teil des deutschen Volkes.

Wären die machtpolitischen Verhältnisse nach dem zweiten Weltkrieg so gewesen, daß sich ein Gefälle von West nach Ost ergeben hätte, daß Rheinländer und Saarländer, Hessen, Badener und Schwaben vertrieben worden wären - es wäre ihnen allgemeines deutsches Mitgefühl sicher. Da das machtpolitische Gefälle aber von Ost nach West verlief, hatten es manche unserer deutschen Landsleute nicht leicht, einen objektiven Standpunkt zum Problem der Vertreibung ihrer deutschen Landsleute zu finden.

Man soll gerecht sein: Seit 1945 gab es großartige Beweise der Solidarität. Die Eingliederung der Vertriebenen gelang besser, als erwartet werden konnte. Zentrale Behörden, Landräte und Bürgermeister, Kirchen und Wohlfahrtsverbände halfen in vorbildlicher Weise mit. Aber wo es sich um die Verteilung des engsten Wohnraumes handelte, konnte es nicht immer reibungslos ablaufen.

Nun sind alle diese Anfangeschwierigkeiten überwunden. Deran haben die Vertriebenen, vom Gesetzgeber mit Recht gefördert, selbst viel beigetragen. Sie, die oft mit einem Koffer nur in ihrer neuen Heimat ankamen, standen vor der Frage, entweder unter dem schweren Schicksal zusammenzubrechen, oder auszupacken und anzupacken. Manche blieben auf der Strecke, aber die große Mehrheit packte aus und packte zu. Das deutsche Wirtschaftswunder ist nicht zuletzt auch den ruhigen Händen und Hirnen der Vertriebenen zu danken.

Die p o l i t i s c h e Seite des Problems wird dabei gern übersehen. Was wäre geschehen, wenn die zehn Millionen Vertriebenen sowie die drei Millionen Flüchtlinge aus der SBZ dem politischen Nihilismus verfallen wären? Nihilismus - in diesem Falle aus Verzweiflung - Verantwortungslosigkeit und besinnungslosem Radikalismus.

Wenn ein Viertel eines Körpers schwer erkrankt, besteht die Gefahr, daß das Ganze angesteckt wird und ebenfalls der Seuche verfällt. Wenn aber ein großes Volk erkrankt, droht Europa zu erkranken.

Ein solches Schicksal blieb uns erspart. Wir sollten diese Tatsache richtig bewerten. Ohne Sentimentalität, aber auch ohne Voreingenommenheit.

Bleibt noch "das ewige Geheule der Vertriebenen von ihrer Heimat". Gemacht! Heimatliebe und Heimattreue gehören zu den anständigsten und tiefsten Gefühlen der Menschen. Es sind sittliche Werte schlechthin. Wer der alten Heimat nicht in Treue verbunden ist, gerät in den Verdacht, in der Stunde der Gefahr, auch der neuen Heimat nicht treu zu sein. Wir sind e i n Volk - oder sollten es sein. Wer der einen in der Not verläßt, riskiert eines Tages, wenn das machtpolitische Gefälle anders verläuft, selbst verlassen zu sein. Wir sollten uns alle freuen, eine Bewährungsprobe bestanden zu haben.

+ + +

Transall

sy - Die überhastete 1,5 Milliarden-Entscheidung der Koalitionsmehrheit des Bundestags-Verteidigungsausschusses zugunsten des noch im Erprobungsstadium befindlichen "Transall"-Lufttransporters bildet, da sie sich als reines Politikum darstellt, ein neues und angesichts der bisher schon angehäuften bitteren Erfahrungen umso mehr zu bedauerndes Glied in der Kette un guter Rüstungsbeschlüsse.

Welcher Teufel hat die Bundesregierung geritten, als sie mit dem Brief des Bundesverteidigungsministers v. Hassel sowie der Reden des Aussen-Staatssekretärs Lehr und des Luftwaffeninspektors Panitzki vor den Ausschußmitgliedern in greller Worten die Gefahr einer schweren Beeinträchtigung der deutsch-französischen Freundschaft heraufbeschwor, falls der Ausschuß etwa gegen die "Transall" entscheiden sollte? Ist diese deutsch-französische Freundschaft, deren vertragliche Festlegung doch das historische Lebenswerk des Altbundeskanzlers Adenauer und seines noch antierenden Freundes de Gaulle sein soll, so ein brüchig-Günner Fetzen Papier, daß er schon von einer rüstungstechnischen Entscheidung über 160 Flugzeuge in die Luft geblasen werden kann?

Dieser "Transall"-Beschluß birgt so, wie er von Bundesverteidigungsminister v. Hassel forciert, von Aussen-Staatssekretär Lehr und General Panitzki hochpolitisiert und von den CDU/CSU-FDP-Abgeordneten durchgepeitscht wurde, jetzt tatsächlich die Gefahr einer schweren und tiefen Verärgerung nach allen Seiten und zwischen allen Seiten in sich, der nur noch politisch begründete Beschluß wird das ernsthaft kaum bestreitbare Odium mit sich herumschleppen müssen, daß er über die Bühne gejagt wurde, bevor es möglich gewesen war, die ernsthaft sachlichen Bedenken gegenüber diesem Flugzeugtyp vollständig auszuräumen, die trotz aller Bemühungen des Verteidigungsministeriums, auch propagandistischer Art, in besorgniserregender Weise übriggeblieben sind. Als eine der schwerwiegendsten Fragen liegt das Motoren-Problem auf dem Tisch, denn entgegen der viermotorigen "Hercules" ist die "Transall" nur zweimotorig, und bis zur Entscheidungstunde hatte niemand dem Ausschuß wirklich die Sorge nehmen können, daß bei Ausfall eines der beiden "Transall"-Motoren die Steigfähigkeit dieses Typs beeinträchtigt und damit das Risiko, vor allem auch für die Besatzung, bedrohlich erhöht werden würde. Ebenso ungeklärt ist, wies der Bundeswehr-Oberst Bauer vor den Ausschußmitgliedern behaupten konnte, daß die "Hercules" nicht ausserhalb der Betonpiste zu landen vermöge, obwohl amerikanische Filme erkennen liessen, daß die "Hercules" nicht nur auf Grasgelände, wie die "Transall", sondern auch auf Sand landen könne. Die Nachprüfung der offenen Frage, ob dieser "Hercules"-Film korrekt ist und die Aussage des Obersten Bauer daher unkorrekt war, ist unterlassen worden, so daß das Unbekannte nur noch peinlicher wird.

Hier wird sachlich-technisch weder für die "Transall", noch für die "Hercules" abschliessend Stellung genommen. Das kann im Ernst auch niemand, denn dafür fehlen die unbezweifelbaren Prüfungsunterlagen. Aber im übergeordneten Sachinteresse der Bundeswehr muß der Mehrheitsbeschluß des Verteidigungsausschusses vom 23. Oktober 1963 auf das Tiefste beklauert werden. Die politische Pression, die unter hemmungsloser Ausnützung des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages ausgeübt wurde, muß und wird wie ein trüber Schatten über dieser Maschine liegen bleiben. Diese Tatsache und die aus ihr resultierenden Folgen haben jene Kräfte und Personen zu verantworten, die den Ausschußbeschluß erzwungen haben und deren zivile und uniformierte Hilfskräfte auf dem Wege dahin nicht einmal davor zurückschreckten, die Bundeswehr gegen das Parlament und die Abgeordneten aufzubringen.

Die Not unserer einsamen Alten

Von Liselotte Weber

Jährlich zehntausend neue Altersheimplätze - das ist das wenigste, was unsere Alten benötigen! Dies stellte soeben die Bundesarbeitsgemeinschaft Freie Altershilfe fest. Denn: in den nächsten zwölf Jahren wird sich die Zahl der über 65-jährigen von 7,3 auf 14,2 v.H. der Bevölkerung fast verdoppeln!

So einsam ist niemand in der großen Stadt wie diese beiden alten Menschen. Seit ein paar Stunden sitzen wir dem Ehepaar K. in seiner winzigen, peinlich sauberen Stube gegenüber. Eine ganze Weile wird gebraucht um den Sinn unseres Besuches klarzumachen: nachschauen, wie es geht. Eben das sind sie nicht gewohnt. Wochenlang schellt niemand an dieser Tür.

Wie wir an die Adresse kommen? Auf dem Wohlfahrtsamt, Abteilung Altenbetreuung, haben wir eine Kartothekkarte gezogen. Wahlos aus einer langen Reihe Betreuungsfälle. Jede Karte steht für einen alten Menschen oder ein betagtes Paar - alle auf die Wohlfahrt angewiesen.

"Was das heißt, von der Unterstützung leben müssen, wissen Sie ja", sagt der Dreißigjährige. Der ehemalige Schiffsteward hat alle Schicksalsschläge erlebt, die typisch sind für seine Generation. Dreimal ausgebootet, zuletzt Totalverlust des Erworbenen und Ersparten. Schließlich von schwerer Krankheit überfallen.

Millionen ist es nicht anders ergangen. Doch während die Jüngeren wieder auf die Beine kamen, blieben die Alten auf der Strecke!

Das Ehepaar K. war nicht robust genug, um mit der Zeit fertig zu werden. Jetzt ringt der Mann jede Nacht mit dem Asthma, das ihr allen Mut zum Leben nimmt. Und nichts, gar nichts ist da, was ablenken könnte von der Furcht vor der Krankheit, Heiterkeit und Abwechslung fehlen ebenso wie das Obst und die gute, leichte Kost, die der Arzt verordnet hat.

285 Mark für alles, für die Wohnung, das Licht und die Heizung, für Essen, Versicherung und die Wäsche, die die alte Frau nach mehreren Operationen nicht mehr machen kann - das reicht nur zum Allernötigsten!

Da sind wir schon bei dem Problem, das vielmehr Alte drückt, als man glauben möchte. Die Vorstellung vom durchweg gesicherten Lebensabend stimmt noch längst nicht! Einem großen, einem leider sehr großen Teil

unserer in Ehren ergrauten Mitbürger geht es materiell ausgesprochen schlecht. Alle in jüngster Zeit angestellten Untersuchungen haben das erschreckend bewiesen.

In Köln beispielsweise prüfte das Städtische Sozialamt systematisch die Lebensbedingungen der 85 000 Einwohner, die älter sind als 65 Jahre. Dabei stellte sich heraus, daß ihre wirtschaftliche Situation durchweg, insbesondere aber bei den alleinstehenden Frauen, ganz wesentlich schlechter war, als man angenommen hatte. Nahezu die Hälfte der Alten besitzt nur ein Einkommen von weniger als zweihundert Mark monatlich. Fast alle haben nur eine 1-Zimmer-Wohnung, ein möbliertes Zimmer oder sogar nur eine traurige Notwohnung!

Kreist bei den K's jeder Gedanke um das Geld, das nie langt, so ist es bei Millionen bessergestellter Rentempfänger der Mangel an Pflege und Betreuung, der den Lebensabend vergällt.

Frau F. beispielsweise, die 75-jährige Witwe eines Facharbeiters, steht nach der Auslandsheirat der einzigen verbliebenen Tochter ganz allein. Ihre Rente ist einigermaßen ausreichend. Was sie aber drückt und mit jedem Tag mehr ängstigt, ist das Bewußtsein, bald so hilflos zu sein, daß sie ihre Selbständigkeit aufgeben muß. Schon jetzt liegt sie halbe Tage zu Bett. Längst wäre sie pflegebedürftig. Inner häufiger verschiebt sie den Putz- und Waschtage. Die Gemeindepflegerin, die gelegentlich kam und schon einmal einen Behördengang oder ein Einkaufsgeschäft abnahm, ist seit Wochen bettlägerig. Kreislaufstörung infolge Überarbeitung. Eine Vertretung gibt es nicht.

Die Angst vor der Zukunft schürt Frau F. das Herz ab. Jede Nacht überlegt sie, was aus ihr werden soll. Denn Tausende hoffen wie sie auf einen Platz im Altersheim und stehen vor ihr auf der Warteliste. Sie alle sehnen den Tag herbei, an dem der Tod ein Pflegebett für sie freimacht.

Doch der Tod ist langsam heutzutage. Die moderne Medizin hat ihn halt geboten. Durchschnittlich zählen unsere großen Städte gegenwärtig viermal so viele Alte wie vor dem ersten Weltkrieg. Und die Lebenserwartung steigt immer noch weiter an.

Es ist ein trauriges Eingeständnis unserer sozialer Wirklichkeit: Die optimistische Sprache der Statistik mit ihrem Versprechen eines langen Lebens verkehrt sich von Jahr zu Jahr mehr in Schrecken und Vorwurf. Denn das kunstvoll bis ins hohe Alter verlängerte Dasein bleibt nur dann lebenswert, wenn es sich in sozialer Selbstverständlichkeit und Fraglosigkeit entfalten kann. Und davon sind wir weiter entfernt als jedes vergleichbare andere Land!

unserer in Ehren ergrauten Mitbürger geht es materiell ausgesprochen schlecht. Alle in jüngster Zeit angestellten Untersuchungen haben das erschreckend bewiesen.

In Köln beispielsweise prüfte das Städtische Sozialamt systematisch die Lebensbedingungen der 85 000 Einwohner, die älter sind als 65 Jahre. Dabei stellte sich heraus, daß ihre wirtschaftliche Situation durchweg, insbesondere aber bei den alleinstehenden Frauen, ganz wesentlich schlechter war, als man angenommen hatte. Nahezu die Hälfte der Alten besitzt nur ein Einkommen von weniger als zweihundert Mark monatlich. Fast alle haben nur eine 1-Zimmer-Wohnung, ein möbliertes Zimmer oder sogar nur eine traurige Notwohnung!

Kreist bei den Kts jeder Gedanke um das Geld, das nie langt, so ist es bei Millionen bessergestellter Rentenempfänger der Mangel an Pflege und Betreuung, der den Lebensabend vergällt.

Frau F. beispielsweise, die 75-jährige Witwe eines Facharbeiters, steht nach der Auslandsheirat der einzigen verbliebenen Tochter ganz allein. Ihre Rente ist einigermaßen ausreichend. Was sie aber drückt und mit jedem Tag mehr ängstigt, ist das Bewußtsein, bald so hilflos zu sein, daß sie ihre Selbständigkeit aufgeben muß. Schon jetzt liegt sie halbe Tage zu Bett. Längst wäre sie pflegebedürftig. Immer häufiger verschiebt sie den Putz- und Waschtage. Die Gemeindepflegerin, die gelegentlich kam und schon einmal einen Behördengang oder ein Einkaufsgeschäft abnahm, ist seit Wochen bettlägerig. Kreislaufstörung infolge Überarbeitung. Eine Vertretung gibt es nicht.

Die Angst vor der Zukunft schnürt Frau F. das Herz ab. Jede Nacht überlegt sie, was aus ihr werden soll. Denn Tausende hoffen wie sie auf einen Platz im Altersheim und stehen vor ihr auf der Warteliste. Sie alle sehnen den Tag herbei, an dem der Tod ein Pflegebett für sie freimacht.

Doch der Tod ist langsam heutzutage. Die moderne Medizin hat ihm Halt geboten. Durchschnittlich zählen unsere großen Städte gegenwärtig viermal so viele Alte wie vor dem ersten Weltkrieg. Und die Lebenserwartung steigt immer noch weiter an.

Es ist ein trauriges Eingeständnis unserer sozialen Wirklichkeit: Die optimistische Sprache der Statistik mit ihrem Versprechen eines langen Lebens verkehrt sich von Jahr zu Jahr mehr in Schrecken und Vorwurf. Denn das kunstvoll bis ins hohe Alter verlängerte Dasein bleibt nur dann lebenswert, wenn es sich in sozialer Selbstverständlichkeit und Fraglosigkeit entfalten kann. Und davon sind wir weiter entfernt als jedes vergleichbare andere Land!

Afro-asiatisches Reisetagebuch

Kenia in Erwartung der Unabhängigkeit (I)

Von Wilhelm Wehner

* Im Auftrag der Friedrich Ebert-Stiftung
* befindet sich deren Mitarbeiter Wilhelm Wehner zur
* Zeit auf einer Studien- und Kontaktreise in mehrere afrikanische
* und asiatische Staaten. In Form eines afro-asiatischen
* Reisetagebuches wird Wilhelm Wehner dem Sozialdemokratischen
* Pressedienst in einer Artikelserie von seinen Eindrücken be-
* richten. - Die Redaktion

* * *

Noch verhandelt Kenjatta, Kenias Ministerpräsident, mit den Engländern in London über die künftige Verfassung seines Landes. Doch der Tag, an dem Kenia seine Autonomie erhalten wird, steht schon fest. Es ist der 12. Dezember 1963. Dieser Tag wird im ganzen Lande sicher mit unbeschreiblichem Jubel gefeiert werden. Doch die Politiker Kenias wissen, daß in diesem Augenblick, wo sich die Engländer zurückziehen, schwierige Aufgaben in Angriff genommen werden müssen. Eines der Hauptprobleme Kenias bildet die Vielzahl der Stämme. Sie zu einer nationalen Einheit zusammenzuschließen, muß daher zentrales Anliegen der künftigen autonomen Regierung sein. Kenjatta hat daher auch, bevor er zur Londoner Verfassungskonferenz geflogen ist, eine Reise durch das ganze Land unternommen, um den einzelnen Stämmen zu versichern, daß es von seiten des künftigen Staates keine Vorbehalte gegen die Stämme geben werde.

Ein zweites, sehr wichtiges Problem ist der Weg, den Kenia künftig bei der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung des Landes einschlagen wird. Welche Voraussetzungen die Kolonialherrenschaft dafür geschaffen hat, zeigen die Engländer gegenwärtig durch ihre "Royal Show", eine landwirtschaftliche Leistungsschau in Nairobi. Zur Eröffnung dieser "Royal Show" hielt der gegenwärtig amtierende Ministerpräsident Murungi, der Kenjatta während seiner Abwesenheit vertritt, eine aufschlußreiche Rede. Danach sieht er Kenias Zukunft in der Entwicklung einer gesunden und gewinnbringenden landwirtschaftlichen Industrie, mit der seiner Meinung nach kein anderer afrikanischer Staat konkurrieren könne. Dabei wird die Frage des Bodenbesitzes eine große Rolle spielen und es dürfte keinem Zweifel unterliegen, daß sich Murungi künftig mehr Unterstützung für die Erreichung seines hochgesteckten Zieles durch afrikanische als durch englische Farmer verspricht. Mit Genugtuung stellte er fest, daß jetzt schon eine Anzahl afrikanischer Farmer Land übernommen haben, das bisher von Engländern bewirtschaftet wurde. Es kommt Murungi hauptsächlich darauf an, die landwirtschaftliche Erzeugung gewaltig zu steigern. Zu diesem Zweck sollen Anbaupläne aufgestellt werden, deren Realisierung Kenia den Zutritt zum Weltmarkt ermöglichen soll. Seine Absicht ist es, nicht nur den bisherigen Markt in Westeuropa und Amerika weiterhin mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen zu beliefern. Er denkt auch daran, in Afrika selbst Handel zu treiben, um zu verhindern, daß der südafrikanische Handel weiter vordringt. Darüber hinaus denkt Murungi daran, Märkte in Asien zu erschließen und auch Handelsbeziehungen mit dem Ostblock aufzunehmen.

Zweifellos wird das künftige freie Kenia auch den Sowjets und den Chinesen seine Türen öffnen, um eine blockfreie Politik treiben zu können. Zur Ostzone verhält man sich jedoch reserviert. Zu den Befreiungsfestlichkeiten am 12. Dezember ist die Zone offiziell nicht eingeladen. Erwartet werden lediglich inoffizielle Beobachter.

+ + +